

FREIHEIT ALS LEITBILD FÜR UNSERE GESELLSCHAFT

Die Freiheitsstudie der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Hans-Jürgen Beyer
Erik Schrader

Berlin, August 2007

INHALT

FREIHEIT ALS LEITBILD FÜR UNSERE GESELLSCHAFT	1
EINLEITUNG	5
1. GESELLSCHAFTLICHE WERTE	7
1.1. Gesellschaftliche Werte und der Wert der Freiheit	7
1.2. Freiheit vs. Solidarität, Freiheit vs. Sicherheit, Wettbewerb vs. soziale Absicherung	8
1.3. Zukunftserwartungen und Modernität	11
1.4. Menschenbild und Staatsverständnis	12
1.5. Partei der Freiheit	13
1.6. Freiheitsindex	14
2. EINSTELLUNGEN, ERWARTUNGEN UND INTERESSEN	17
2.1. Was für das eigene Leben wichtig ist	17
2.2. Wichtigkeit von Freiheitsthemen	18
2.3. Interesse an politischen Themen	19
3. POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE BETEILIGUNG UND KOMMUNIKATION DER BÜRGER	21
3.1. Allgemeines Interesse an Politik	21
3.2. Persönliches politisches und gesellschaftliches Engagement	22
3.3. Bereitschaft zur Teilnahme an politischen Bildungsveranstaltungen	23
3.4. Gründe für Nichtteilnahme an politischer Bildung	24
3.5. Politische Diskussionen – Orte der Meinungsbildung	24
3.6. Informationsverhalten und Mediennutzung	25
4. DER WERT DER FREIHEIT IN POLITISCHEN MILIEUS	27
5. FAZIT UND AUSBLICK	33
ÜBER DIE AUTOREN	37

1. EINLEITUNG

Im Oktober/November 2006 hat dimap communications (Berlin) in Zusammenarbeit mit dimap für die Friedrich-Naumann-Stiftung eine repräsentative Befragung unter 3.003 Wahlberechtigten in Deutschland durchgeführt. Sie wurden telefonisch zu gesellschaftlichen Werten, persönlichen Lebenszielen und politischen Einstellungen, zur Mediennutzung und zu ihrem Interesse an politischen Themen und politischer Bildung befragt. Freiheit stand dabei im Zentrum der Untersuchung, so dass sie dann auch treffend als „Freiheitsstudie“ benannt wurde.

Im vorliegenden Bericht über die Ergebnisse dieser Freiheitsstudie werden hauptsächlich die Wertvorstellungen und Lebenseinstellungen der deutschen Bevölkerung, ihre Meinungen gegenüber Staat und Gesellschaft sowie ihr Interesse an politischer Bildung und politischen Themen beschrieben.

Dabei soll nicht nur auf die altersmäßigen und geschlechtsspezifischen Unterschiede eingegangen werden, sondern auch auf die Frage, in welchem Ausmaß berufliche Position und Bildungsstand mit unterschiedlichen Einstellungen und Meinungen verbunden sind. Ebenso wird die Frage behandelt, ob und in welchem Maß regionale Zugehörigkeit, insbesondere zwischen Ost- und Westdeutschland, mit unterschiedlichen Einstellungen einhergeht. Nicht außer acht bleibt außerdem die Frage, in welchem Maß sich die potentiellen Wähler der einzelnen Parteien im Hinblick auf ihre Werte- und Lebenseinstellungen unterscheiden.

Warum befassen wir uns als Stiftung überhaupt mit Fragen über die Bedeutung von Wertvorstellungen und Lebenseinstellungen der Menschen?

Hat es damit zu tun, dass das Zusammenwirken verschiedener Werte wie Freiheit, Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft nicht in dem Maße funktioniert wie es wünschenswert wäre?

Wozu braucht eine Gesellschaft Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit? Welche Bedeutung haben sie für den Zusammenhalt der Gesellschaft und ihre Entwicklung?

Was sind überhaupt Werte? Werte können begriffen werden als Vorstellungen des Wünschenswerten, die die Auswahl zwischen Handlungsalternativen, zwischen Mitteln und Zielen, steuern. Sie geben den einzelnen Menschen Orientierung und ermöglichen dadurch deren Integration in die Gesellschaft. Aufgrund ihres hohen Allgemeinheitsgrades erfahren einzelne Werte wie z. B. Freiheit, Sicherheit oder Gerechtigkeit in der Bevölkerung sehr große Zustimmung.¹

¹ vgl. dazu: Heiner Meulemann, Werte und Wertwandel im vereinten Deutschland, APUZ 37-38/2002.

Welche Bedeutung einzelnen Werten tatsächlich beigemessen wird, zeigt sich eigentlich erst dann, wenn sich die Menschen zwischen mehreren alternativen Werten entscheiden müssen.

Anlass für die Studie über die Bedeutung von Werten in unserer Gesellschaft war für die Friedrich-Naumann-Stiftung die Frage, ob es zutrifft, dass in unserer Gesellschaft der Wert der Freiheit immer mehr an Bedeutung verliert und falls dies so sein sollte, in welche Richtung sich dann unsere Gesellschaft entwickelt? Kann man tatsächlich von einem allgemeinen Werteverfall ausgehen, wie immer wieder behauptet wird?

Ein Ziel der Studie war deshalb die Erstellung eines „Deutschen Werte Monitors“ mit hervorgehobener Bedeutung des Wertes Freiheit. In diesem „Werte Monitor“ sollen die Wertvorstellungen und Lebenseinstellungen der Bevölkerung erfasst werden.

Zu diesem Zweck wurden die Befragten u. a. gebeten, eine Vielzahl von Werten und Lebenszielen nach ihrer Wichtigkeit für ihr persönliches Leben einzustufen. Im weiteren Verfahren wurde versucht, Zusammenhänge herzustellen zwischen den Bedeutungen der einzelnen Werte und den Lebenseinstellungen der Befragten.

Leitfragen hierzu waren: Welche Werte sind den Deutschen wichtig? Wie reiht sich in diese Werteorientierungen der Wert der Freiheit ein? Gibt es eine Verschiebung der Werte zwischen Ost- und Westdeutschen? Und: Gibt es Hinweise für einen Wertewandel zwischen den Generationen?

Wie verhält es sich, wenn zentrale Werte wie Freiheit, Chancengleichheit, Sicherheit, Leistung und Gerechtigkeit miteinander in Konflikt geraten? Wofür entscheiden sich dann die Menschen aus welchen Gründen? Welche Folgen haben solche Konfliktlagen für die Entwicklung einer Gesellschaft?

Abschließend stellt sich auch die Frage: „Wie freiheitlich ist unsere Gesellschaft gesinnt?“. Dies sollte untersucht werden, indem einerseits durch eine Maßzahl gesucht wird, die uns Aufschluss über das Ausmaß der Entwicklung der Gesellschaft hin zu mehr Freiheitlichkeit gibt. Andererseits sollte im Rahmen einer Clusteranalyse untersucht werden, ob es bezüglich der Wertschätzung der Freiheit unterschiedliche Gruppen bzw. Milieus innerhalb der deutschen Gesellschaft gibt und wie diese sich soziodemographisch und politisch zusammensetzen.

1. GESELLSCHAFTLICHE WERTE

1.1. Gesellschaftliche Werte und der Wert der Freiheit

Die Ergebnisse der Studie machen einerseits deutlich, dass der Wert der **Freiheit** in der deutschen Bevölkerung einen hohen Stellenwert hat. In der Studie wurden die Befragten gebeten, 13 Werte nach ihrer persönlichen Wichtigkeit zu beurteilen. Unter den 13 abgefragten Werten nimmt der Wert der Freiheit den ersten Rang ein (76 Prozent halten ihn für sehr wichtig) und zwar in allen Bevölkerungsgruppen.

Allerdings zeigt die Frage nach der Partei der Freiheit, wie unterschiedlich Freiheit definiert wird. Denn die parteipolitisch gebundenen Bürger bezeichnen jeweils mehrheitlich die Partei ihrer Wahl als diejenige, die die eigenen Vorstellungen von Freiheit am besten verkörpert.

Den zweiten Platz in der Werte-Hierarchie belegen **Eigenverantwortung** (68 Prozent) und **soziale Gerechtigkeit** (67 Prozent). Ebenfalls als sehr wichtig betrachtet werden von einem sehr großen Teil der Bevölkerung die Werte **Anstand** (64 Prozent), **Gleichberechtigung** (63 Prozent) sowie **Weltoffenheit und Toleranz** (61 Prozent).

Danach folgen: **Sicherheit** (56 Prozent), **Leistungsbereitschaft** (52 Prozent), **Solidarität** (50 Prozent) und **Rechtsstaatlichkeit** (46 Prozent). Auf den Schlussplätzen liegen **Nationalbewusstsein** (24 Prozent), **Wettbewerb** (19 Prozent) und **Religiosität** (16 Prozent).



Bei einigen Werten treten deutliche Unterschiede zwischen den beiden Teilen Deutschlands hervor. So sind den Bürger in den neuen Bundesländern Freiheit, Weltoffenheit und Toleranz sowie Eigenverantwortung nicht so wichtig wie den Menschen im Westen.

Die Ostdeutschen legen dafür mehr Wert auf Sicherheit und Ordnung, auf Anstand und Nationalbewusstsein, sowie soziale Gerechtigkeit.

Die Wertehierarchien in den einzelnen Altersgruppen zeigen im Kern ein sehr ähnliches Bild. Die Freiheit steht immer an der Spitze der Werte. Es folgen, jeweils mit etwas unterschiedlicher Gewichtung: Gleichberechtigung, Toleranz und Weltoffenheit, Eigenverantwortung und soziale Gerechtigkeit. Religiosität, Wettbewerb und Nationalbewusstsein finden sich überall am Ende der Rangliste.

Einen augenfälligen Punkt gibt es allerdings: Die über 60jährigen setzen Anstand mit 75 Prozent an die zweite Stelle der Werte, während dieses Thema in den anderen Altersgruppen nur einen mittleren Rangplatz einnimmt. Aber auch die Werte Solidarität, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und Ordnung werden von den älteren Befragten jeweils als persönlich wichtiger eingestuft als von den jüngeren Befragten.

Auch wenn sich 16 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch z. T. deutliche Unterschiede in den Wertvorstellungen von Ost- und Westdeutschen zeigen, bleibt festzuhalten: die Werte junger Ostdeutscher ähneln in der Tendenz mehr denen der gleichaltrigen Westdeutschen als denen der ostdeutschen älteren Generation.

Es konnte sogar festgestellt werden, dass die jungen Ostdeutschen sich besonders stark zu den beiden Werten der Leistungsbereitschaft und des Wettbewerbs bekennen.

Das erlaubt die begründete Hoffnung, dass sich das Wertgefüge zwischen Ost- und Westdeutschland, insbesondere was den Stellenwert der Freiheit anbelangt, in den kommenden Jahren weiter angleichen wird.

1.2. Freiheit vs. Solidarität, Freiheit vs. Sicherheit, Wettbewerb vs. soziale Absicherung

Welche Bedeutung einzelnen Werten, insbesondere dem Wert der Freiheit, tatsächlich beigemessen wird, zeigt sich erst dann, wenn die Menschen sich zwischen alternativen Werten entscheiden müssen. Deshalb wurden die Befragten im Interview mit verschiedenen alternativen Entscheidungssituationen konfrontiert, in denen sie zwischen Freiheit *oder* Solidarität, Freiheit *oder* Sicherheit sowie Wettbewerb *oder* soziale Absicherung wählen mussten.

Die Fragen lauteten im Einzelnen:

Freiheit und Solidarität sind beides Werte, die in einer Gesellschaft wichtig sind. Wenn Sie sich aber zwischen dem einen und dem anderen entscheiden müssten, was wäre Ihnen dann wichtiger?

- *Individuelle Freiheit und Eigenverantwortung*
- *Gesellschaftliche Solidarität und möglichst große Gleichheit*

Was meinen Sie: Brauchen Wirtschaft und Gesellschaft in Zukunft in Deutschland eher mehr freien Wettbewerb oder eher mehr soziale Absicherung?

- *Mehr freien Wettbewerb*
- *Mehr soziale Absicherung*
- *Beides in gleichem Maße*

Freiheit und Sicherheit sind beides Werte, die in einer Gesellschaft wichtig sind.

Welche der beiden folgenden Aussagen gibt eher Ihre Meinung wieder?

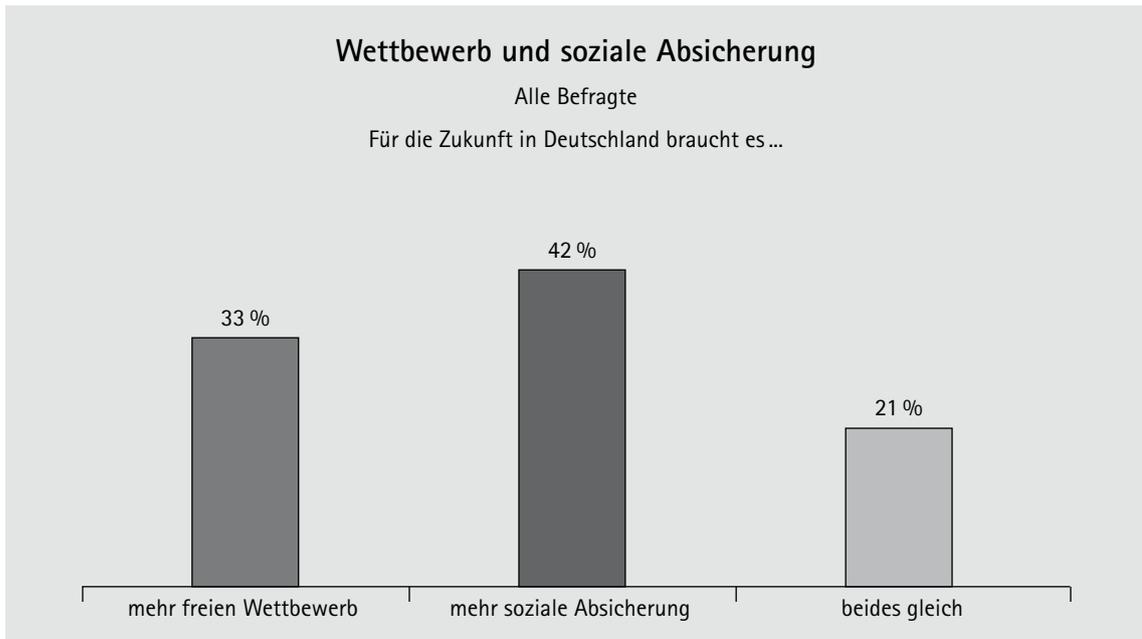
- *Ich möchte mich frei entscheiden, wem ich meine Daten zur Verfügung stelle. Der Staat sollte meine Privatsphäre auch dann nicht einschränken, wenn dadurch mehr Schutz vor Kriminalität gewährleistet wird.*
- *Überwachung auch persönlicher Bereiche dient der Sicherheit aller. Dafür bin ich gerne bereit, dem Staat Einblicke in meine Privatsphäre zu gewähren*

Muss sich der Bürger zwischen **Freiheit oder Solidarität bzw. möglichst großer Gleichheit** entscheiden, teilt sich die Bevölkerung in zwei gleich große Lager. 47 Prozent sehen in der individuellen Freiheit und Eigenverantwortung den wichtigeren Wert und ebenso Viele weisen der gesellschaftlichen Solidarität und einer möglichst großen Gleichheit den höheren Stellenwert zu.

Die Frage, welchem der beiden Werte die höhere Bedeutung beigemessen wird, ist dabei abhängig von der persönlichen wirtschaftlichen Situation und dem formalen Bildungsstand: Je geringer der formale Bildungsgrad und das verfügbare Einkommen, desto stärker wird auf gesellschaftliche Solidarität gesetzt.

Eine gewisse Rolle spielt außerdem die parteipolitische Orientierung der Befragten: die Anhänger der Union, und stärker noch die der FDP halten im Konfliktfall mehrheitlich die individuelle Freiheit für den wichtigeren Wert, während die Wähler von SPD und Grünen eher der Solidarität den Vorzug geben. In der Wählerschaft der Linkspartei bevorzugen mit 66 Prozent besonders viele den Wert der gesellschaftlichen Solidarität.

Bei der Frage, ob wir in Wirtschaft und Gesellschaft in Zukunft mehr Wettbewerb oder mehr soziale Absicherung brauchen, entscheidet sich eine relative Mehrheit von 42 Prozent für die soziale Absicherung, während nur 33 Prozent für mehr Wettbewerb plädieren. Jeder Fünfte (21 Prozent) kann oder will sich zwischen diesen beiden Alternativen nicht entscheiden und vertritt die Meinung, beides sei gleich wichtig.



Eine wichtige Rolle für die persönliche Sichtweise spielt dabei die eigene wirtschaftliche Situation der Befragten. Dabei gilt: Je geringer das verfügbare Einkommen, desto größer ist der Wunsch nach mehr sozialer Absicherung.

Zwischen den einzelnen Altersgruppen zeigen sich dagegen keine großen Unterschiede. Lediglich bei den 18-24jährigen plädieren mit 51 Prozent deutlich mehr für soziale Absicherung – und nur 31 Prozent für mehr Wettbewerb – als in den anderen Altersgruppen.

Auch bei dieser Frage spielt die parteipolitische Orientierung der Befragten eine Rolle. So plädieren die Wähler der Union (43 Prozent) und insbesondere die der FDP (60 Prozent) eher für mehr Wettbewerb, während die Anhänger von SPD (49 Prozent), Grünen (45 Prozent) und vor allem der Linkspartei (67 Prozent) mehrheitlich für mehr soziale Absicherung eintreten.

Im Ost-West-Vergleich zeigen sich ebenfalls deutliche Unterschiede: So treten die ostdeutschen Befragten mit 52 Prozent deutlich häufiger für mehr soziale Absicherung ein als die Westdeutschen (40 Prozent).

Bei der Alternative **Freiheit oder Sicherheit vor Kriminalität** (bezogen auf den Datenschutz) findet die Freiheit in der Bevölkerung einen eindeutigen Zuspruch vor der Sicherheit. So erklärten fast zwei Drittel der Deutschen, lieber Herr der eigenen Daten bleiben zu wollen und sprachen sich deshalb gegen Einschränkungen ihrer Privatsphäre durch den Staat aus, auch wenn dadurch möglicherweise ein stärkerer Schutz vor Kriminalität verhindert werden sollte.

Die Entscheidung zu Gunsten des Schutzes der Privatsphäre wird in allen Bevölkerungsgruppen und in den Anhängerschaften aller Parteien mit jeweils klarer Mehrheit gegenüber

der gegenteiligen Position vertreten, dem Staat im Interesse der Sicherheit Einblicke in die Privatsphäre zu geben.

1.3. Zukunftserwartungen und Modernität

Die Mehrheit der Bundesbürger blickt mit Zuversicht in die **eigene Zukunft**.

So äußerte sich jeder Zehnte mit Blick auf die bevorstehende Zeit sehr optimistisch (10 Prozent), weitere 51 Prozent zeigten sich überwiegend optimistisch. Mehr als ein Drittel der Befragten weist dagegen pessimistische Zukunftserwartungen auf (27 Prozent eher pessimistisch, 9 Prozent sehr pessimistisch).



Zuversicht und Skepsis sind nicht in allen Bevölkerungsgruppen in gleicher Weise verteilt. So sind die eigenen Zukunftserwartungen in starkem Maße abhängig vom sozialen Status des Befragten: Je besser die formale Bildung und je höher das verfügbare Einkommen, umso verbreiteter ist der bekundete Optimismus.

Unterschiede zwischen den Altersgruppen lassen sich in der Form feststellen, dass sich jüngere Befragte (unter 35 Jahre alt) deutlich optimistischer äußern als ältere Befragte.

Die Haltung der Bürger gegenüber neuen Ideen und Entwicklungen fällt dagegen relativ unterschiedlich aus: 46 Prozent aller Bürger zeigen großes Interesse für **neue Ideen und Entwicklungen**, jeder zweite (49 Prozent) hat mit Innovationen dagegen eher Probleme und braucht eine Weile, um sich darauf einzulassen.

Männer stehen innovativen Entwicklungen in der Gesellschaft aufgeschlossener gegenüber als Frauen. Auch für jüngere Befragte ist festzuhalten: sie sind gegenüber neuen Ideen offener als ältere Bürger. Außerdem gilt: Das Interesse an neuen Ideen und Entwicklungen ist umso größer, je höher der formale Bildungsgrad und je größer das verfügbare Einkommen der Befragten ist.

Die zugrunde liegenden Fragestellungen lauteten im Einzelnen:

Führende Persönlichkeiten haben in der letzten Zeit einen zunehmenden Pessimismus in der Bevölkerung beklagt. Wie ist das denn bei Ihnen – wie sehen Sie Ihre eigene Zukunft insgesamt?

- *Sehr optimistisch*
- *Eher optimistisch*
- *Eher pessimistisch*
- *Sehr pessimistisch*

Welche der folgenden Aussagen gibt am ehesten Ihre Meinung zu neuen Ideen und Entwicklungen wieder:

- *Neue Ideen, Vorschläge oder Entwicklungen interessieren mich sehr und ich setze mich gerne damit auseinander*
- *Ich brauche immer erst eine Weile, um neue Ideen, Vorschläge und Entwicklungen an mich heran zu lassen und mich mit ihnen auseinanderzusetzen oder sie zu akzeptieren*
- *Sollen sich doch andere mit neuen Ideen und Entwicklungen auseinandersetzen – ich kümmere mich erst darum, wenn es nicht mehr anders geht*

1.4. Menschenbild und Staatsverständnis

Zwei von drei Bundesbürgern (66 Prozent) sind davon überzeugt, dass die Menschen ihre Freiheiten im wesentlichen konstruktiv nutzen und der Staat sich deshalb darauf beschränken kann und soll, die Rahmenbedingungen für das Zusammenleben der Bürger zu setzen. Demgegenüber haben 29 Prozent ein Menschenbild, das eher von Misstrauen geprägt ist. Sie halten einen starken Staat für notwendig, weil Menschen dazu neigen, ihre Freiheiten zu missbrauchen.

Die liberale Haltung behält dabei in allen gesellschaftlichen Gruppen und in allen politischen Lagern klar die Oberhand gegenüber der etatistischen Auffassung von der Gesellschaft.

Die optimistische Einschätzung, dass die Menschen ihre Freiheiten konstruktiv nutzen, wird in allen Bevölkerungsgruppen mehrheitlich vertreten. Doch es gibt auch Unterschiede.

So ist diese optimistische Meinung in den neuen Bundesländern etwas weniger häufiger als im Durchschnitt anzutreffen. Auch Befragte mit Hauptschulabschluss und mit geringem Einkommen zeigen sich bei dieser Frage skeptischer als alle anderen.

Dies gilt auch für die Wähler der Unionsparteien und der Linkspartei. Die Anhänger der FDP und der Grünen glauben hingegen in besonders hohem Maße, dass die Menschen ihre Freiheiten nicht missbrauchen, sondern verantwortungsvoll damit umgehen.

Die zugrunde liegende Fragestellung lautete im Einzelnen:

Zum Thema Freiheit kann man kann ja verschiedene Meinungen haben – für manche Menschen bedeuten mehr Freiheiten auch mehr Chancen, andere sehen hier zunächst mehr Risiken. Wie ist das bei Ihnen – welche der beiden folgenden Aussagen trifft eher Ihre Meinung?

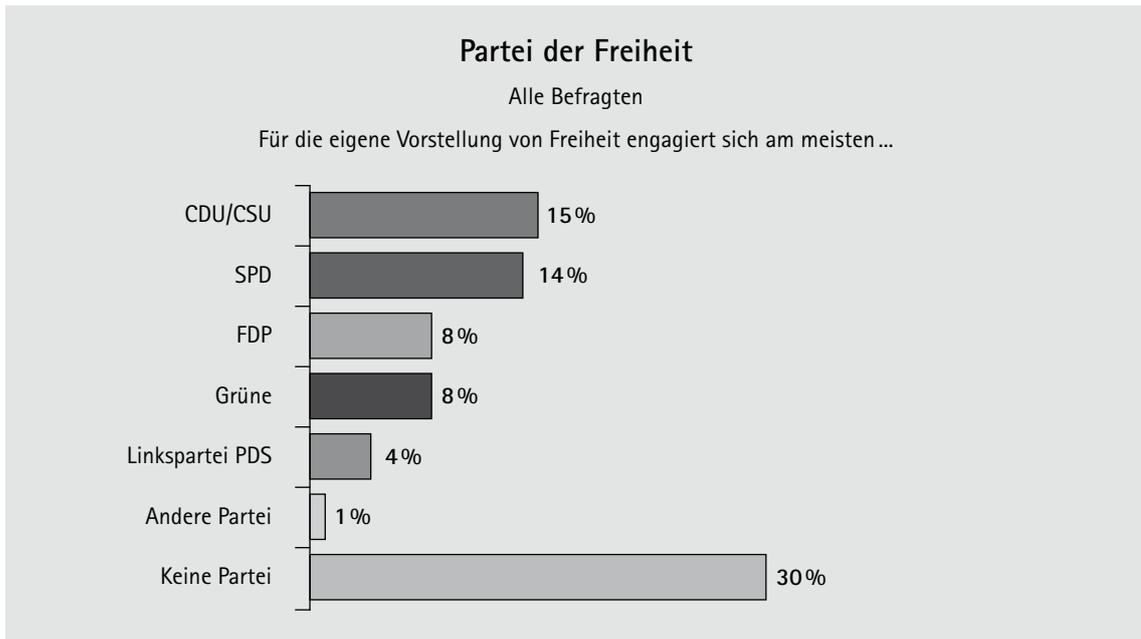
- *Menschen neigen dazu, die Grenzen der Freiheiten, die man ihnen lässt, zu missachten. Deswegen ist ein starker Staat notwendig.*
- *Menschen nutzen ihre Freiheiten im Wesentlichen konstruktiv – der Staat gestaltet lediglich die Rahmenbedingung*

1.5. Partei der Freiheit

Wir wollten schließlich auch wissen, welche Partei in der Bevölkerung als die Partei der Freiheit angesehen wird. Die Befragten wurden deshalb gebeten, folgende Frage zu beantworten: Welche Partei engagiert sich für Ihre persönliche Vorstellung von Freiheit Ihrer Meinung nach am meisten?

Das Ergebnis ist ernüchternd: Von allen Parteien kann keine für sich in Anspruch nehmen, aus Sicht der Bürger die Partei der Freiheit schlechthin zu sein. So ordnet etwa jeder Sechste dieses Attribut der CDU/CSU bzw. der SPD zu. Jeweils 8 Prozent nennen die FDP oder die Grünen als die **Partei, die die eigene Vorstellung von Freiheit am besten repräsentiert**. Und 4 Prozent aller Befragten sehen in der Linkspartei die Kraft, die sich am meisten für die Freiheit engagiert.

Der relativ größte Teil von 30 Prozent der Bevölkerung sieht dagegen in keiner Partei den optimalen Garanten für die Freiheit in Deutschland. Dabei entspricht diese Gruppe in den meisten ihrer strukturellen Ausprägungen dem Bevölkerungsdurchschnitt. Leicht überdurchschnittliche Angaben zeigen sich in der Gruppe der 25–34jährigen und bei den Hauptschulabsolventen. Relativ gering sind die Anteile bei den Akademikern und bei den 18–24jährigen.



Auffällig ist, dass diejenigen der Befragten, die als Nichtwähler bezeichnet werden können, zu 67 Prozent keine Partei benennen, die sich für die Freiheit engagiert.

Hingegen ist der Teil der Bevölkerung, die sich parteipolitisch gebunden fühlt, mit einer Bandbreite von 15 Prozent (Anhänger der CDU/CSU) und 16 Prozent (Anhänger der FDP) bis zu 23 Prozent (Anhänger der Linkspartei), sehr gering an der Gruppe beteiligt, die keine Partei nennt, die sich für die Freiheit engagiert.

Interessant ist außerdem, dass der Teil der Bevölkerung, die sich parteipolitisch gebunden fühlt, jeweils mit großer Mehrheit die eigene Partei als die Partei betrachtet, die die eigene Vorstellung von Freiheit am besten repräsentiert.

Nach der parteipolitischen Orientierung der Befragten aufgeschlüsselt ergibt sich folgendes Bild: bei den FDP-Anhängern sind es 62 Prozent, bei den Anhängern der CDU/CSU 59 Prozent, bei der Linkspartei 57 Prozent, bei der SPD 54 Prozent und bei den Grünen 50 Prozent.

1.6. Freiheitsindex

Der Freiheitsindex soll in den kommenden Jahren jeweils den aktuellen Stand der Wertediskussion aufzeigen, eine Analyse der unterschiedlichen Entwicklungen und Veränderungen ermöglichen und dadurch ein Indikator für die Entwicklung des Wertes der Freiheit in unserer Gesellschaft sein.

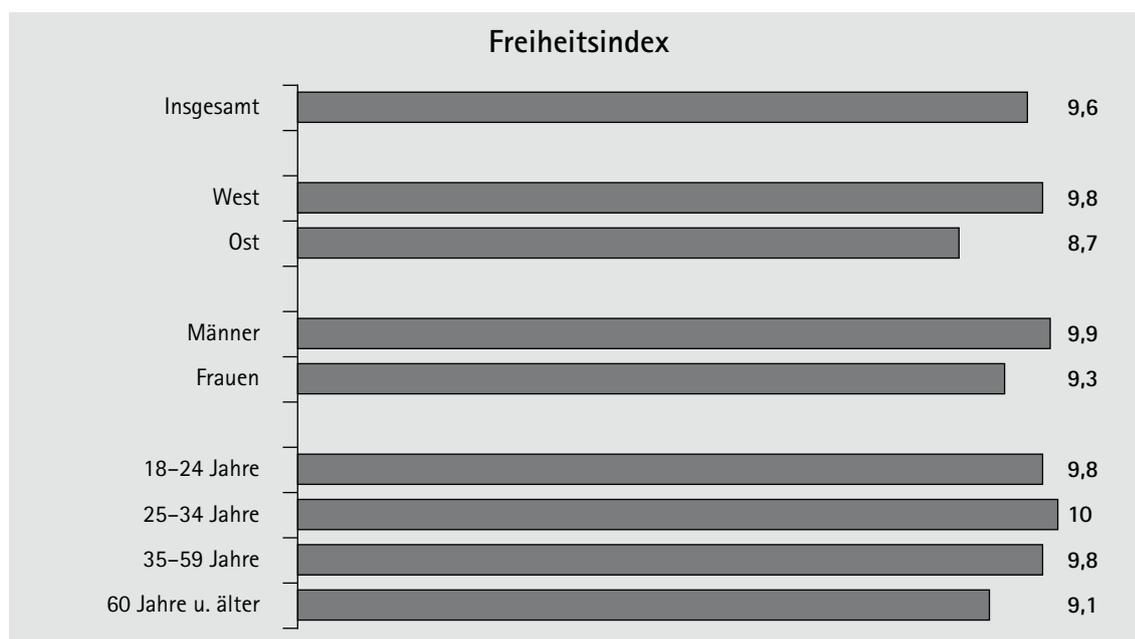
Der Freiheitsindex, der aus mehreren Indikatoren gebildet wurde, die die Haltung der Befragten zu verschiedenen Aspekten der Freiheit messen, kann einen maximalen Wert von 15 Punkten annehmen. Als Ergebnis der Umfrage vom Oktober/November 2006 ergab sich für die Gesamtbevölkerung ein Freiheitsindex von 9,6 Punkten.

Durch diesen Freiheitsindex von 9,6 Punkten wird die hohe Akzeptanz von freiheitlichen Einstellungen in der Bevölkerung offenkundig.

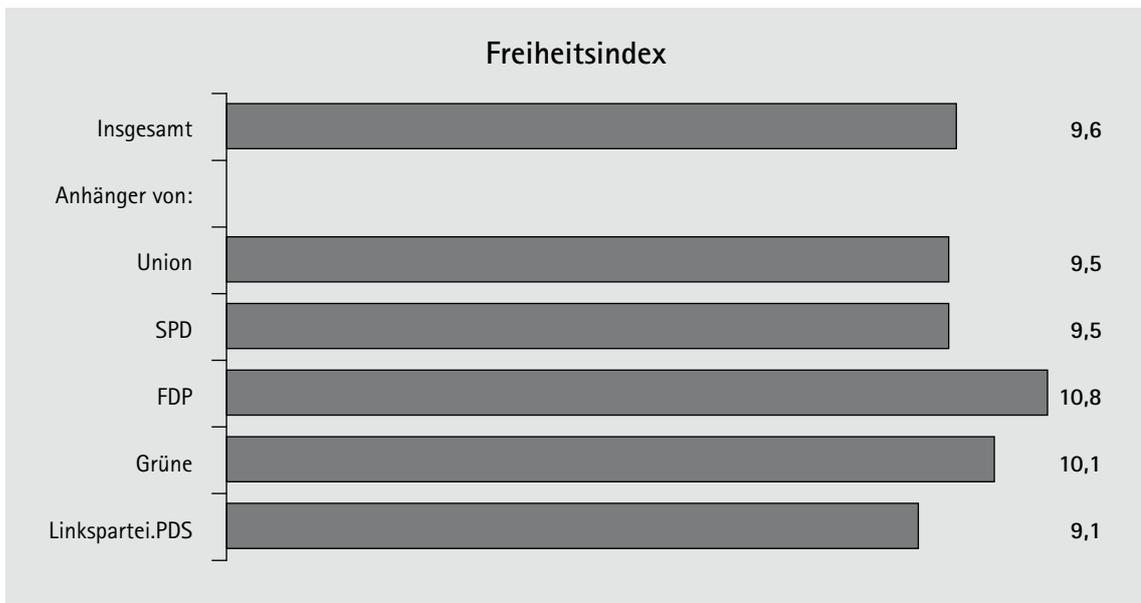
Der jeweilige Wert des Freiheitsindex zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen erfährt zwar unterschiedliche Ausprägungen, diese halten sich aber in engen Grenzen. Trotzdem können Differenzen zwischen dem Bildungsstatus, der regionalen Herkunft, Geschlecht und Alter benannt werden. Außerdem konnten auch Unterschiede bezüglich der jeweiligen Parteienbindung und dem Freiheitsindex festgestellt werden.

Besonders der Bildungsstatus hat Auswirkungen auf den jeweiligen Wert des Freiheitsindex. So kann festgestellt werden, dass die Höhe des Freiheitsindex vom Bildungsabschluss abhängt. Dabei gilt: je höher der formale Schulabschluss ist, desto höher ist der Wert des erreichten Freiheitsindex.

Ebenfalls einen überdurchschnittlichen Indexwert erzielt die Gruppe der Selbständigen mit 10,8 Punkten. Die anderen Berufsgruppen liegen näher am Durchschnitt des Freiheitsindex mit 9,3 Punkten für Arbeiter, 9,4 Punkten für Beamte und 9,9 Punkten für Angestellte. Daneben konnten Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen gemessen werden, da die Westdeutschen einen Indexwert von 9,8 Punkten und die Ostdeutschen einen Indexwert von 8,7 Punkten erreichten. Die Differenz von 1,1 Punkten zeigt, dass Freiheitswerte bei den Bürgern in den neuen Bundesländern offensichtlich noch nicht so ausgeprägt und verankert sind wie bei den Bürgern aus den alten Bundesländern.



Auch konnten leichte unterschiedliche Ausprägungen des Freiheitsindex beim Geschlecht und Alter erfasst werden. So steht der männliche Teil der Bevölkerung den Freiheitswerten etwas näher als die Frauen. Bei einer Betrachtung der verschiedenen Altersgruppen fällt insbesondere auf, dass die Altersgruppe der über 60jährigen mit einem Indexwert von 9,1 Punkten unterdurchschnittlich abschneidet.



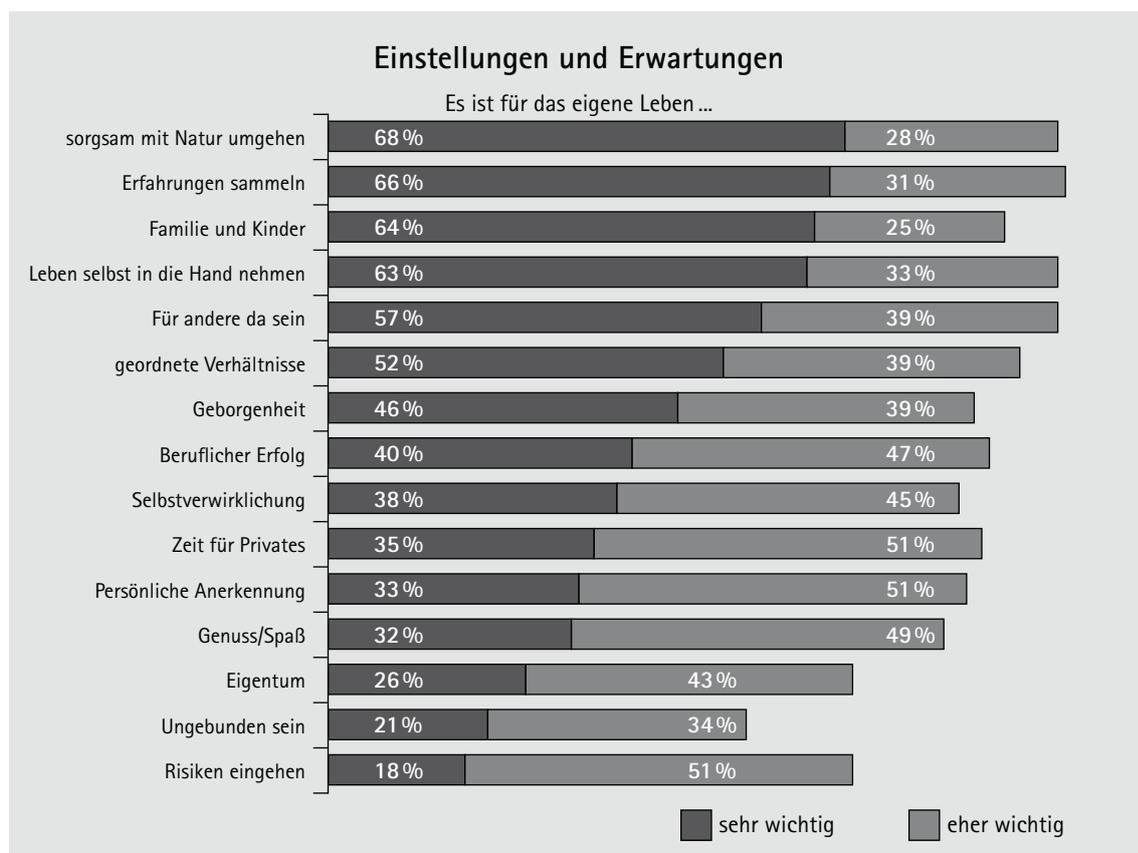
Unterdurchschnittlich schneiden auch die Anhänger der Linkspartei ab, die einen Indexwert von 9,1 Punkten erzielen. Die Wähler der CDU/CSU und der SPD erreichen mit jeweils 9,5 Punkten einen Indexwert der knapp unter dem Durchschnitt liegt, während die Wähler der Grünen auf einen Indexwert von 10,1 Punkten kommen. Die Wähler der FDP erreichen mit 10,8 Punkten den höchsten Indexwert aller Parteianhänger überhaupt.

2. EINSTELLUNGEN, ERWARTUNGEN UND INTERESSEN

2.1. Was für das eigene Leben wichtig ist

Sorgsamer Umgang mit der Natur (68 Prozent) und Erfahrungen sammeln (66 Prozent) sowie ein intaktes Familienleben haben (64 Prozent) und das Leben selbst in die Hand nehmen (63 Prozent) werden von den Bürgern für ihr eigenes Leben am wichtigsten betrachtet.

Für andere da zu sein (57 Prozent) und in geordneten Verhältnissen zu leben (52 Prozent), werden von mehr als der Hälfte der Bevölkerung als sehr wichtig eingestuft. Bei knapp jedem Zweiten gibt es ein großes Bedürfnis nach Geborgenheit (46 Prozent). Für vier Zehntel spielen beruflicher Erfolg (40 Prozent) und Selbstverwirklichung (38 Prozent) eine sehr wichtige Rolle.



Genügend Zeit für private Dinge haben (35 Prozent), persönliche Anerkennung erfahren (33 Prozent) und Lebensgenuss und Spaß haben (32 Prozent) stuft lediglich ein Drittel als sehr wichtig ein, für die Hälfte stellen diese Punkte aber noch wichtige Teile ihres Alltags dar.

Der Erwerb von Eigentum (26 Prozent), Ungebundenheit (21 Prozent) und das Eingehen von Risiken (18 Prozent) stehen am Ende der Skala in der Relevanz von Lebenszielen und Erwartungen.

Im Ost-West-Vergleich gibt es den deutlichsten Unterschied bei dem Wunsch, in geordneten Verhältnissen zu leben, den 59 Prozent der Ostdeutschen und 50 Prozent der Westdeutschen zum Ausdruck bringen.

In den neuen Ländern erwartet man außerdem etwas häufiger als im Westen: für Andere da sein zu können, Geborgenheit, beruflichen Erfolg, Selbstverwirklichung und persönliche Anerkennung. Bei den übrigen Punkten gibt es keine relevanten Differenzen.

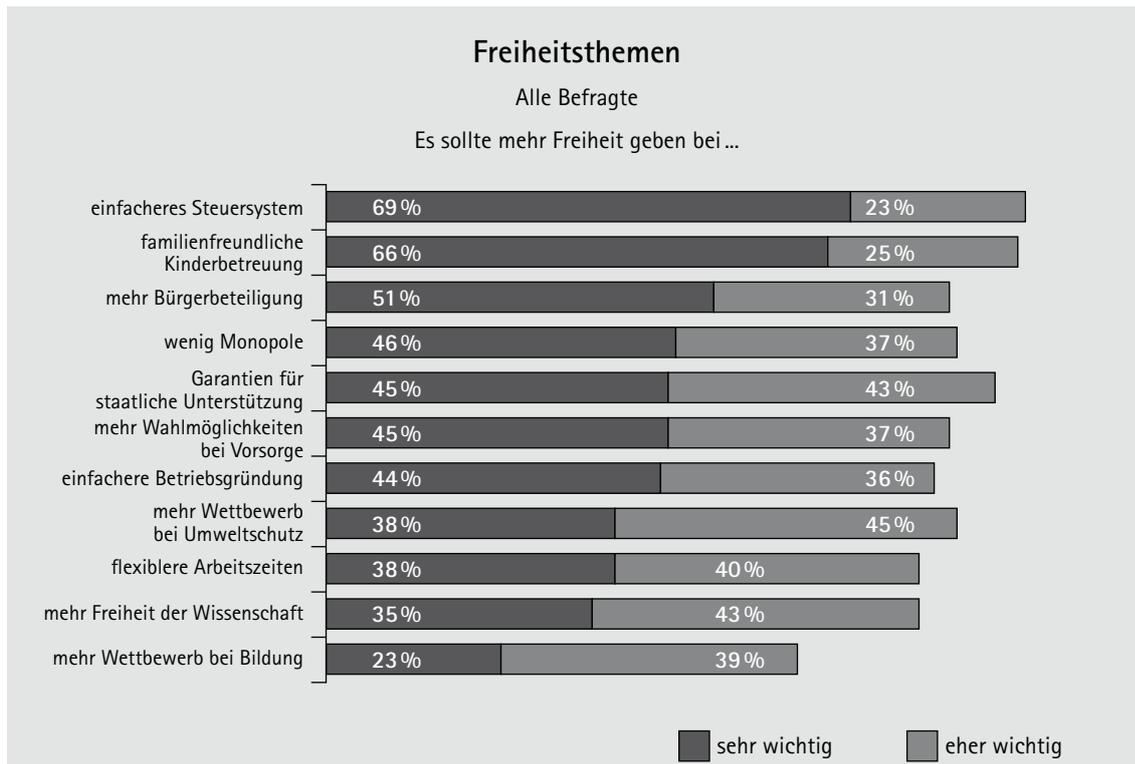
Die Einstellungen und Erwartungen an das eigene Leben werden in den einzelnen Altersgruppen jeweils etwas unterschiedlich gewichtet und bewertet. So steht z. B. bei den jüngeren Befragten Erfahrungen sammeln, das Leben selbst in die Hand nehmen, aber auch Für andere da sein ganz oben an, während eine intakte Familie neben dem sorgsamem Umgang mit der Natur besonders bei Älteren als sehr wichtig eingestuft wird.

2.2. Wichtigkeit von Freiheitsthemen

An der Spitze der Wünsche und Erwartungen der befragten Bürger stehen: einfacheres Steuersystem (69 Prozent) und familienfreundlichere Kinderbetreuung (66 Prozent) gefolgt von dem Wunsch nach mehr Bürgerbeteiligung an den politischen Entscheidungsprozessen (51 Prozent).

Es gibt ein breites Mittelfeld von Themen mit Anteilen von gut vier Zehntel für die Einstufung als sehr wichtig und gut einem Drittel für eher wichtig. Dazu gehören die geringere Abhängigkeit von Monopolen, staatliche Garantien für die Absicherung von unverschuldeten Notsituationen, mehr Wahlmöglichkeiten bei der sozialen Absicherung und weniger Bürokratie bei Betriebsgründungen.

Von etwas geringerer Wichtigkeit erscheinen den Bürgern dagegen mehr Wettbewerb beim Umweltschutz, flexiblere Arbeitszeiten und mehr Freiheiten für Wissenschaft und Forschung. Am Ende der Prioritätenliste steht die Forderung nach mehr Wettbewerb bei der Bildung.

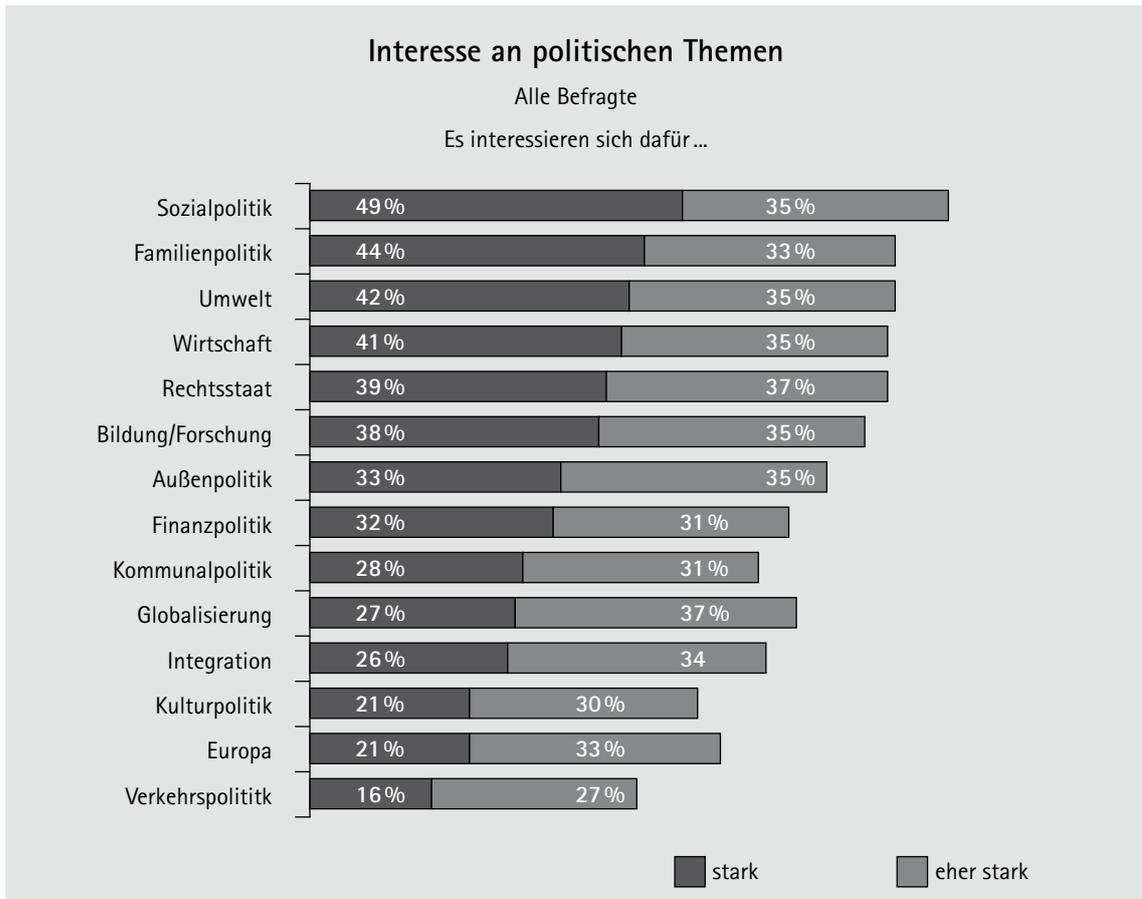


2.3. Interesse an politischen Themen

Die einzelnen Felder der Politik stoßen bei der Bevölkerung auf ein unterschiedliches Interesse. Sechs politische Themenbereiche stoßen bei den Befragten auf besonders große Aufmerksamkeit. Im Einzelnen sind dies: die Sozialpolitik, die Familienpolitik, die Umwelt, die Wirtschaft, der Bereich Rechtsstaat und Bürgerrechte sowie Bildung und Forschung.

Fünf weitere Themen liegen im Mittelfeld der Aufmerksamkeit, zwischen einem Drittel und einem Viertel zeigen ein starkes Interesse für diese Politikfelder. Es handelt sich dabei um die Außenpolitik, die Finanzpolitik, die Kommunalpolitik, Fragen der Globalisierung und die Probleme bei der Integration von Ausländern.

Am unteren Ende der Skala in Sachen Interesse an politischen Themen finden sich die Kulturpolitik, die Europapolitik und die Verkehrspolitik.



Gravierende Unterschiede zwischen den west- und ostdeutschen Ländern hinsichtlich der Interessen zu politischen Fragen gibt es nicht. Die Westdeutschen interessieren sich etwas stärker als die Ostdeutschen für Fragen der Integration von Ausländern und der Globalisierung, die Bürger in den neuen Ländern hingegen stärker für Familienpolitik.

Bei einigen Themen zeigen sich auch deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern: So schenken Frauen den Problemen der Sozial- und Familienpolitik mehr Aufmerksamkeit als Männer. Umgekehrt fällt ihr Interesse an Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik, der Außenpolitik sowie der Globalisierung merklich geringer aus.

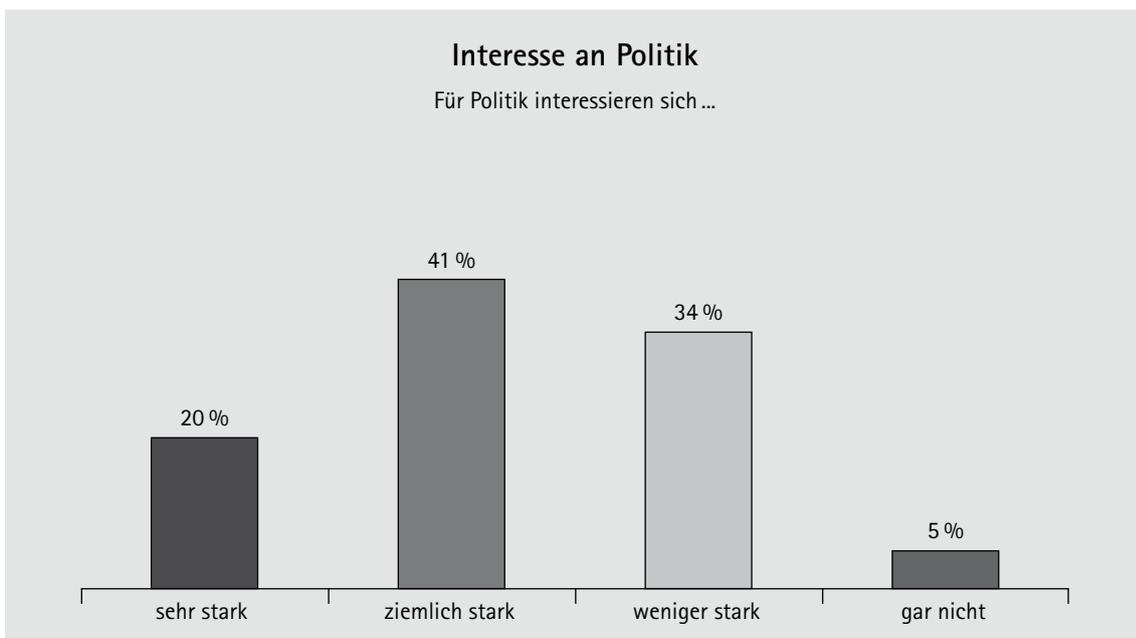
3. POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE BETEILIGUNG UND KOMMUNIKATION DER BÜRGER

3.1. Allgemeines Interesse an Politik

Das Geschehen in der Politik verfolgen sechs von zehn Bundesbürgern mit großem Interesse. Sehr stark Anteil an aktuellen Ereignissen nehmen nach eigener Aussage 20 Prozent und weitere 41 Prozent bekunden ihr ziemlich starkes Interesse an politischen Themen. Allerdings: Fast 40 Prozent interessieren sich kaum (34 Prozent) oder gar nicht (5 Prozent) für Politik.

Zwischen den einzelnen Altersgruppen zeigen sich im Grad des politischen Interesses Unterschiede. Bei den unter 35jährigen bekunden 53 Prozent großes Interesse am politischen Geschehen, bei den 35-60jährigen sind es 62 Prozent und bei den über 60jährigen 69 Prozent. In der Tendenz steigt also das politische Interesse mit zunehmendem Alter.

Eine wichtigere Rolle spielt bei dieser Frage die formale Bildung. In der Gruppe der Befragten mit Hauptschulabschluss liegt der Anteil mit großem politischen Interesse bei 47 Prozent, bei Realschülern sind es 54 Prozent und bei den Befragten mit Abitur 67 Prozent. Das stärkste Interesse zeigen die Akademiker mit 76 Prozent.

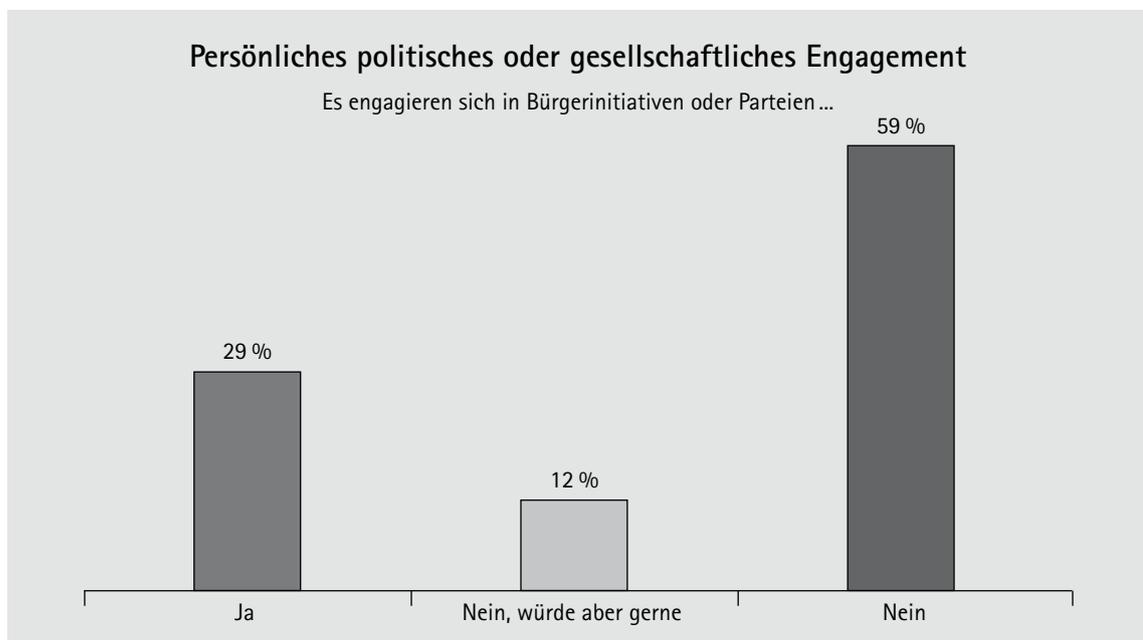


Gewisse Unterschiede im Hinblick auf das Interesse an der Politik zeigen sich schließlich auch bei den einzelnen Wählergruppen: Nichtwähler zeigen ein besonders geringes

politisches Interesse, während das Interesse an politischen Fragen bei den Anhänger der kleineren Parteien, FDP, Grünen und Linkspartei, deutlich stärker ausgeprägt ist als bei den Wählern der beiden Volksparteien.

3.2. Persönliches politisches und gesellschaftliches Engagement

Drei von zehn Bundesbürgern (29 Prozent) beteiligen sich nach eigener Aussage aktiv am politischen Geschehen, indem sie bei einer Bürgerinitiative oder einer politischen Partei mitarbeiten. Gut jeder Zehnte ist in diesem Sinne nicht persönlich engagiert (12 Prozent), würde dies aber gerne tun. Die Mehrheit von 59 Prozent ist dagegen nicht bei einer politischen Organisation tätig.



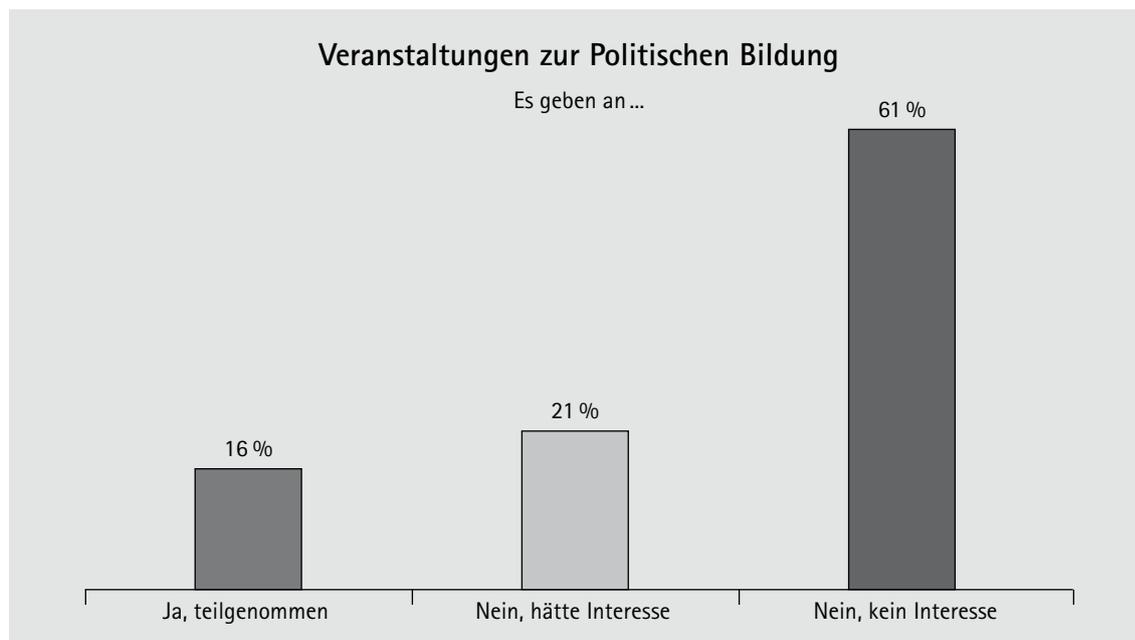
Politisches und gesellschaftliches Engagement zeigen die Bürger im Westen stärker als in den neuen Ländern. Männer entfalten deutlich mehr Aktivität als Frauen. Die mittleren und älteren Jahrgänge engagieren sich stärker als die jüngeren Bundesbürger.

Erhebliche Unterschiede sind auch in den einzelnen Bildungsschichten festzustellen. Je höher die formale Schulbildung, desto stärker setzt man sich für gesellschaftliche und politische Anliegen ein. Die Spanne reicht von 22 Prozent bei Hauptschülern bis zu 37 Prozent bei Akademikern.

Ein überdurchschnittliches Maß an Engagement lassen die Anhänger der Grünen erkennen, aber auch die Wähler von FDP und Linkspartei. Unter den Nichtwählern fällt das politische und gesellschaftliche Engagement mit 17 Prozent besonders gering aus.

3.3. Bereitschaft zur Teilnahme an politischen Bildungsveranstaltungen

Rund jeder sechste Bundesbürger (16 Prozent) hat nach eigenen Angaben in den letzten zwölf Monaten an einer Veranstaltung zur politischen Bildung teilgenommen. Ein Fünftel gab an (21 Prozent), im Prinzip daran interessiert zu sein, auch wenn keine Veranstaltung besucht wurde. Für die Mehrheit von 61 Prozent kommt eine Teilnahme an Maßnahmen zur politischen Bildung dagegen nicht in Frage, weil das Interesse dafür fehlt.



Bei einer entsprechenden Erhebung aus dem Jahr 2002 wurde eine Teilnahmequote von 13 Prozent gemessen. Das Interesse an politischer Bildung hat also in den letzten Jahren nicht nachgelassen, sondern zeigt eher eine steigende Tendenz.

Beim Ost-West-Vergleich liegt die Teilnahmequote in den alten Bundesländern geringfügig über der in den neuen Ländern. Männer zeigen eine höhere Teilnahmebereitschaft als Frauen. Die 18-24jährigen berichten mit 22 Prozent etwas häufiger über Teilnahmen als die anderen Altersgruppen mit Werten zwischen 14 und 17 Prozent.

Eine große Rolle spielt wiederum der Bildungsstatus. Unter den Hauptschülern geben lediglich 6 Prozent an, an einer Veranstaltung zur politischen Bildung teilgenommen zu haben. Dieser Wert steigt mit zunehmender schulischer Qualifikation kontinuierlich an, bis auf 28 Prozent bei den Akademikern.

Besonders aktiv waren die Wähler der Grünen und der Linkspartei mit jeweils 29 Prozent, während die Quote bei den Anhängern von Union, SPD und FDP dem Durchschnitt in der Bevölkerung entspricht. Besonders wenig Interesse zeigen jene Bürger, die den Parteien distanziert gegenüberstehen, d. h. die erklärten Nichtwähler aber auch die Unentschlossenen.

Unter den Teilnehmern bzw. potentiellen Teilnehmern von Veranstaltungen zur politischen Bildung erfreuen sich zwei Formate besonderer Beliebtheit. Vier Fünftel (80 Prozent) bevorzugen Abendveranstaltungen und drei von vier unter ihnen (72 Prozent) fühlen sich durch Tagesveranstaltungen mit begrenzter Teilnehmerzahl angesprochen.

Deutlich weniger beliebt sind dagegen mehrtägige Seminare, die von 34 Prozent bevorzugt werden. Große Kongresse finden mit nur 23 Prozent noch weniger Zuspruch. Am geringsten fällt das Interesse für Online-Seminare aus (20 Prozent).

3.4. Gründe für Nichtteilnahme an politischer Bildung

Der wichtigste Grund für die Nichtteilnahme an Veranstaltungen zur politischen Bildung liegt nach Auskunft von 47 Prozent der Befragten in der mangelnden Zeit. Jeder Fünfte (21 Prozent) verzichtet auf entsprechende Aktivitäten, da sie keinen unmittelbaren Nutzen bringen würden.

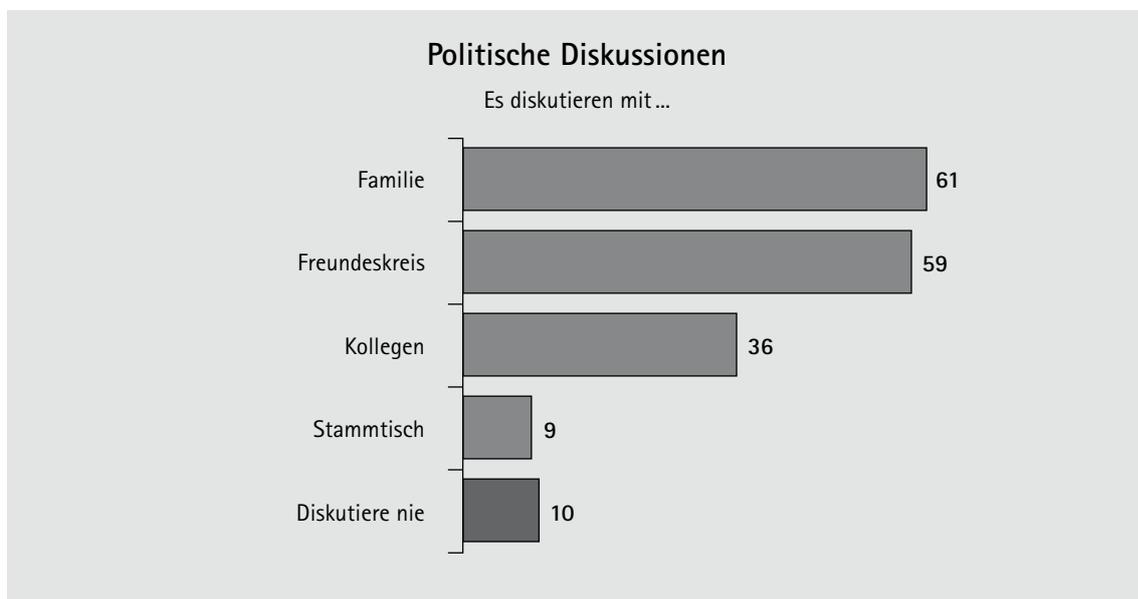


3.5. Politische Diskussionen – Orte der Meinungsbildung

Untersucht wurde auch die Frage, in welchen sozialen Zusammenhängen politische Diskussionen am häufigsten stattfinden.

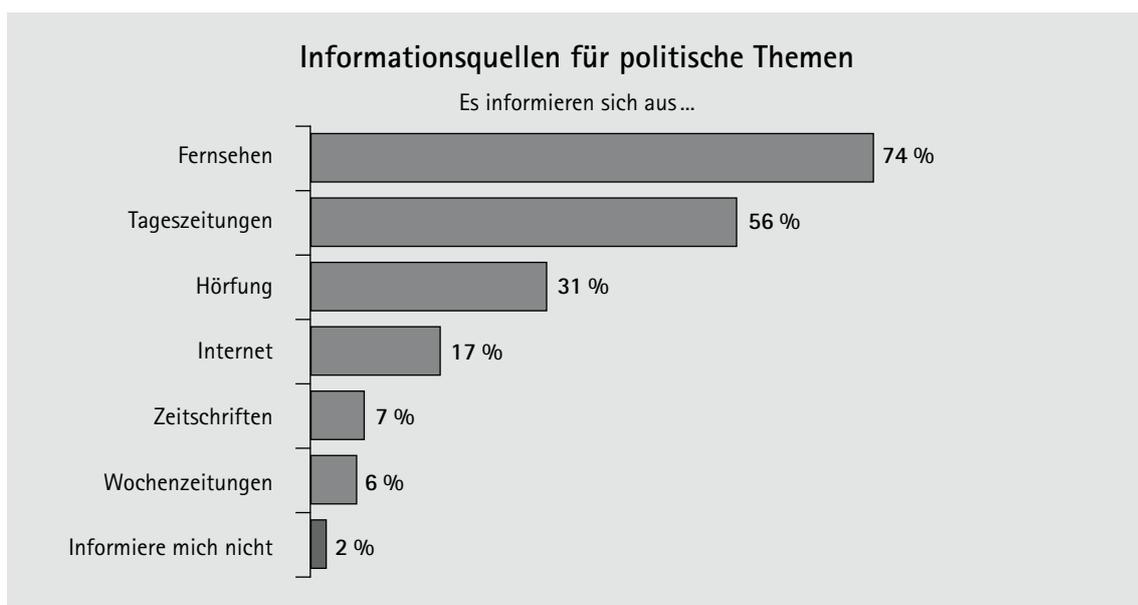
Am häufigsten finden sie innerhalb der Familie (61 Prozent) und im Freundeskreis (59 Prozent) statt. Unter Berufstätigen spielen auch die Kollegen als Gesprächspartner für politische Themen eine wichtige Rolle: 54 Prozent geben an, am Arbeitsplatz über Politik zu diskutieren.

Der Stammtisch als Ort der politischen Auseinandersetzung bleibt mit 9 Prozent dagegen eher eine Randerscheinung.



3.6. Informationsverhalten und Mediennutzung

Wichtigste Quelle politischer Information stellt das Fernsehen dar: Es wird von 74 Prozent aller Befragten als das Medium politischer Information genannt, gefolgt von den Tageszeitungen mit 56 Prozent. An dritter Stelle rangiert mit deutlichem Abstand der Hörfunk, aus dem sich 31 Prozent über die politischen Ereignisse informieren.



Das Internet dient 17 Prozent als Informationsträger für aktuelle Themen. Zeitschriften und Wochenzeitungen werden nur von sehr kleinen Gruppen zum Zweck der politischen Information genutzt (7 bzw. 6 Prozent).

Wie bei der Mediennutzung allgemein spielt das Internet eine umso größere Rolle, je jünger und je besser gebildet die Bürger sind. Im Vergleich zu einer entsprechenden Erhebung aus dem Jahr 2002 ist außerdem eine deutliche Zunahme der Bedeutung des Internets von damals 11 auf nunmehr 17 Prozent festzustellen.

4. DER WERT DER FREIHEIT IN POLITISCHEN MILIEUS

In den vorangegangenen Kapiteln wurden die Werte- und Lebenseinstellungen der deutschen Bevölkerung, ihre Meinungen gegenüber Staat und Gesellschaft und ihr Interesse an politischen Themen und politischer Bildung beschrieben.

Es stellt sich nun abschließend die Frage, ob und in wie weit diese Ergebnisse zusammengefasst werden können, um verschiedene Milieus² zu bilden bzw. zu identifizieren, in denen die Freiheit eine herausgehobene Rolle einnimmt oder nur einen geringen Stellenwert hat.

Dieses ist auch gelungen, da ausgewählte Fragen, in denen die Haltung der Befragten über ihre Werte- und Lebenseinstellung und über den Wert der Freiheit abgefragt wurden, näher betrachtet und für eine Clusteranalyse zusammengefasst wurden.

Diese Clusteranalyse hat ergeben, dass sich aus den ausgewählten Fragekomplexen folgende drei Variablen als bedeutsam herausgebildet haben:

- Mehr freier Wettbewerb versus mehr soziale Absicherung
- Individuelle Freiheit versus gesellschaftliche Solidarität
- Verantwortungsvoller Umgang mit der Freiheit versus Missbrauch der Freiheit und daraus resultierende Forderung nach einem starken Staat.

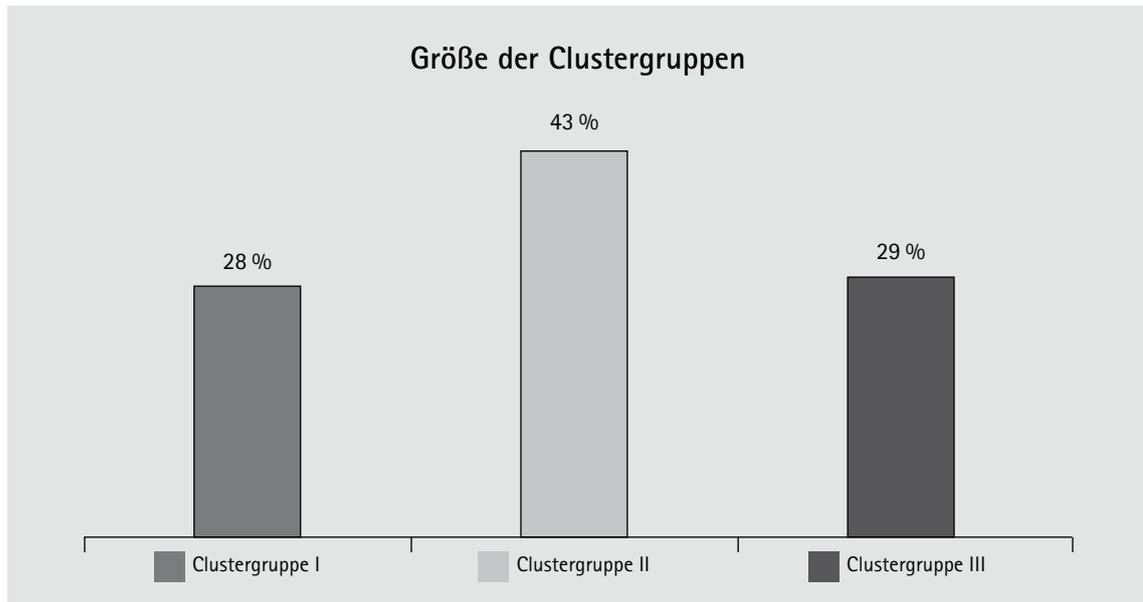
Als Ergebnis der Clusteranalyse wurden drei verschiedene Clustergruppen gebildet, die sich in ihrer jeweiligen Zusammensetzung deutlich von einander unterscheiden.

Eine **erste Gruppe**, die einen Anteil an der Bevölkerung von 28 Prozent hat, bekennt sich überdurchschnittlich stark zu mehr sozialer Absicherung und zu mehr gesellschaftliche Solidarität und neigt teilweise zu der Einschätzung, dass die Menschen nicht fähig sind verantwortungsvoll mit der Freiheit umzugehen.

Eine **zweite Gruppe**, die einen Anteil an der Bevölkerung von 43 Prozent hat, bekennt sich überdurchschnittlich stark zu einem starken Staat, zu mehr sozialer Absicherung und zu mehr gesellschaftliche Solidarität.

2 **Kurzdefinition:** Milieus stellen abgegrenzte und benannte Gruppierungen dar, in denen Menschen mit ähnlichen Grundorientierungen und Lebensstilen zusammengefasst sind.

Eine **dritte Gruppe**, die einen Anteil an der Bevölkerung von 29 Prozent hat, bekennt sich dagegen überdurchschnittlich zu mehr freien Wettbewerb, zur Stärkung der individuellen Freiheit und zu der Aussage, dass Menschen ihre Freiheiten im wesentlichen konstruktiv nutzen und der Staat daher lediglich die Rahmenbedingungen gestalten soll.



Alle drei Gruppen unterscheiden sich aber nicht nur in ihren jeweils getroffenen Aussagen zur Wertschätzung der Freiheit, zur Wertehierarchie oder zu den eingenommenen politischen Einstellungen und Erwartungen, sondern auch deutlich in verschiedenen soziodemographischen Merkmalen und im Wahlverhalten.

Die **erste Gruppe** fällt dadurch auf, dass in ihrer Wertehierarchie Soziale Gerechtigkeit mit 58 Prozent den höchsten Rang einnimmt. Freiheit hingegen nimmt erst mit einer Zustimmung von 53 Prozent (statt 76 Prozent Zustimmung aller Befragten) einen zweiten Rang ein. Ebenfalls fällt in einem Vergleich der Wertehierarchie der ersten Gruppe mit der Wertehierarchie aller Befragten auf, dass grundsätzlich alle Werte immer auf eine geringere Zustimmung stoßen. Auch ist auffällig, dass die erste Gruppe überdurchschnittlich wenig Wert auf Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und Wettbewerb (die Zustimmung beträgt nur 4 %) legt. Aber auch die Werte wie Anstand, Sicherheit, Religiosität und Nationalbewusstsein werden kaum positiv beachtet.

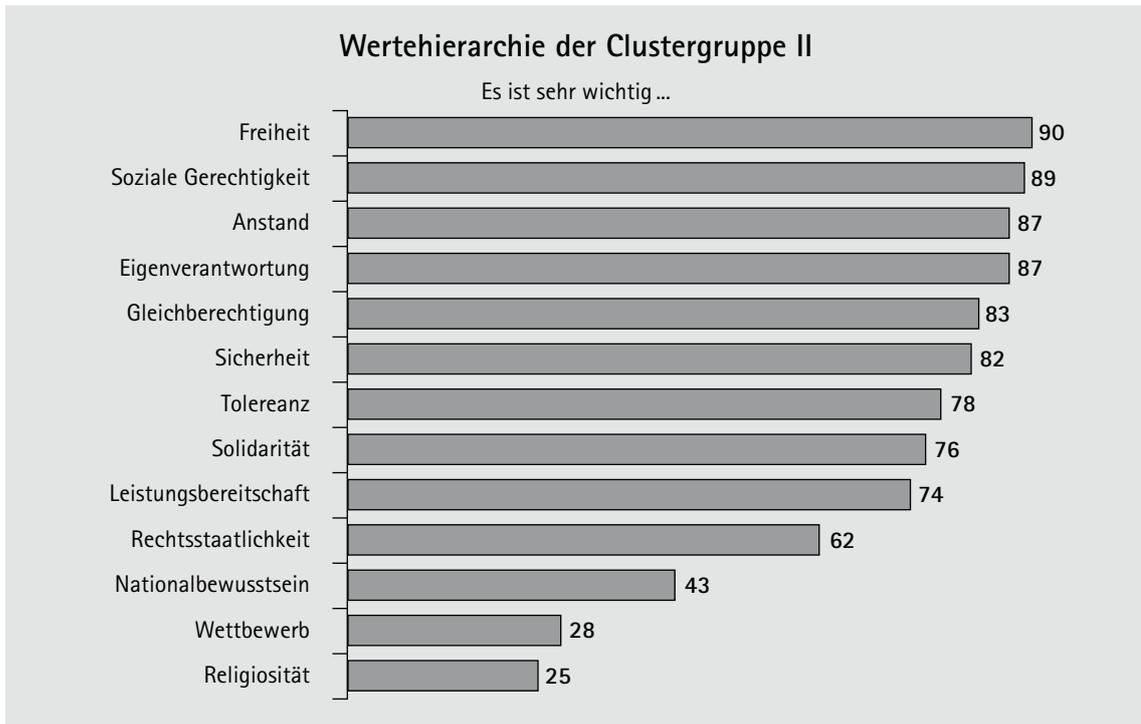
Bei der Entscheidung, ob im Zweifelsfalle der Gewährleistung der inneren Sicherheit oder dem Schutz persönlicher Daten der Vorrang eingeräumt werden soll, fällt auf, dass die Angehörigen der ersten Gruppe mit 71 Prozent die entschiedensten Verfechter für den Schutz der eigenen Daten sind.



Die Altersstruktur und die Geschlechterproportion der ersten Gruppe spiegelt ungefähr das Verhältnis aller Befragten wider. Auffällig ist hingegen das hohe Bildungsniveau, da hier Angehörige mit hohen Bildungsabschlüssen deutlich überrepräsentiert sind. Regional ist die erste Gruppe stärker in Ostdeutschland vertreten.

Die erste Gruppe zeichnet sich schließlich durch einen extrem niedrigen Wähleranteil von 6 Prozent für die FDP und 21 Prozent für die CDU/CSU aus, während die SPD in ihr mit 35 Prozent ihren stärksten Rückhalt verzeichnen kann. Ebenfalls sind Wähler der Grünen mit 22 Prozent und der Linkspartei mit 13 Prozent stark in der ersten Gruppe vertreten.

Die **zweite Gruppe** fällt dadurch auf, dass in ihrer Wertehierarchie grundsätzlich alle Werte auf eine sehr hohe Zustimmung stoßen. Besonders hohe Zustimmungswerte erreichen dabei soziale Gerechtigkeit, Anstand, Gleichberechtigung, Sicherheit, Toleranz und Solidarität, ebenso wie Freiheit (mit 90 Prozent), Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft.

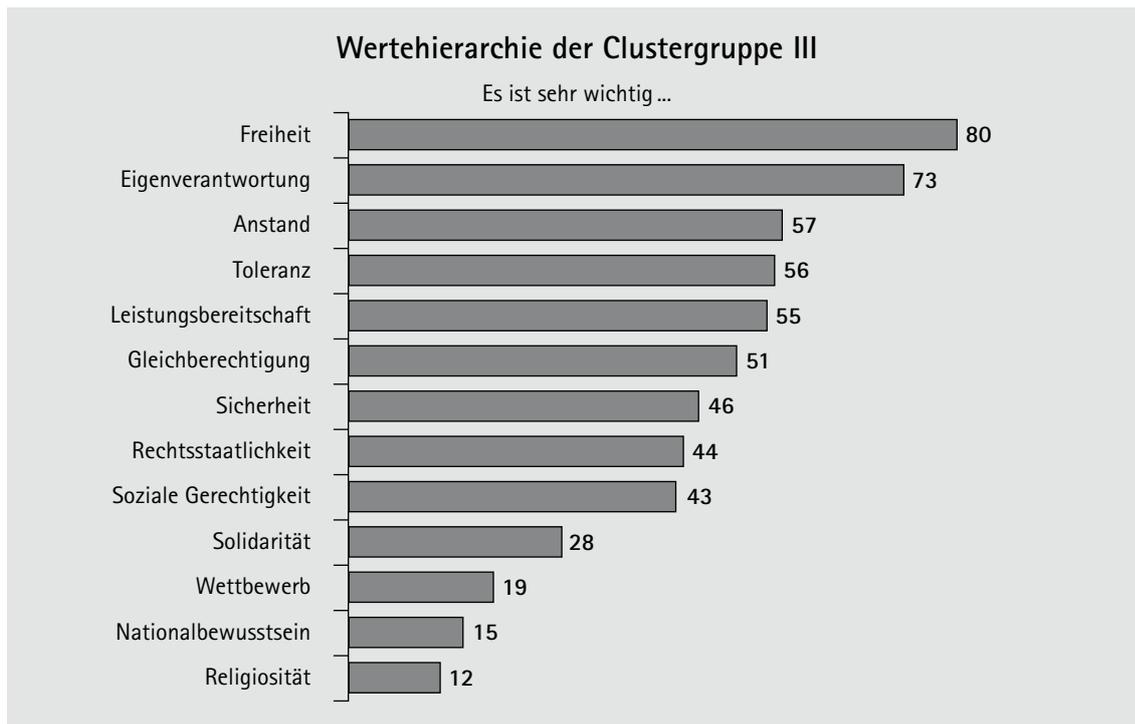


Bei der Entscheidung, ob im Zweifelsfalle der Gewährleistung der inneren Sicherheit oder dem Schutz persönlicher Daten der Vorrang eingeräumt werden soll, entscheiden sich 61 Prozent der Angehörigen der zweiten Gruppe für den Schutz der eigenen Daten.

Die Altersstruktur der zweiten Gruppe fällt dadurch auf, dass dort mit 33 Prozent überproportional die über 60jährigen vertreten sind. Auch die Frauen sind mit 60 Prozent überrepräsentiert. Auffällig ist ebenfalls, dass in der zweiten Gruppe die einfachen und die mittleren Bildungsabschlüsse dominieren. Regional ist die zweite Gruppe ebenfalls stärker in Ost- als in Westdeutschland vertreten (27 Prozent).

In der zweiten Gruppe sind die CDU/CSU (38 Prozent) und die SPD (32 Prozent) recht stark vertreten. Dies geht natürlich zu Lasten der kleinen Parteien: die FDP, die Grünen und auch die übrigen Parteien (einschließlich Linkspartei) sind mit jeweils zehn Prozent vertreten.

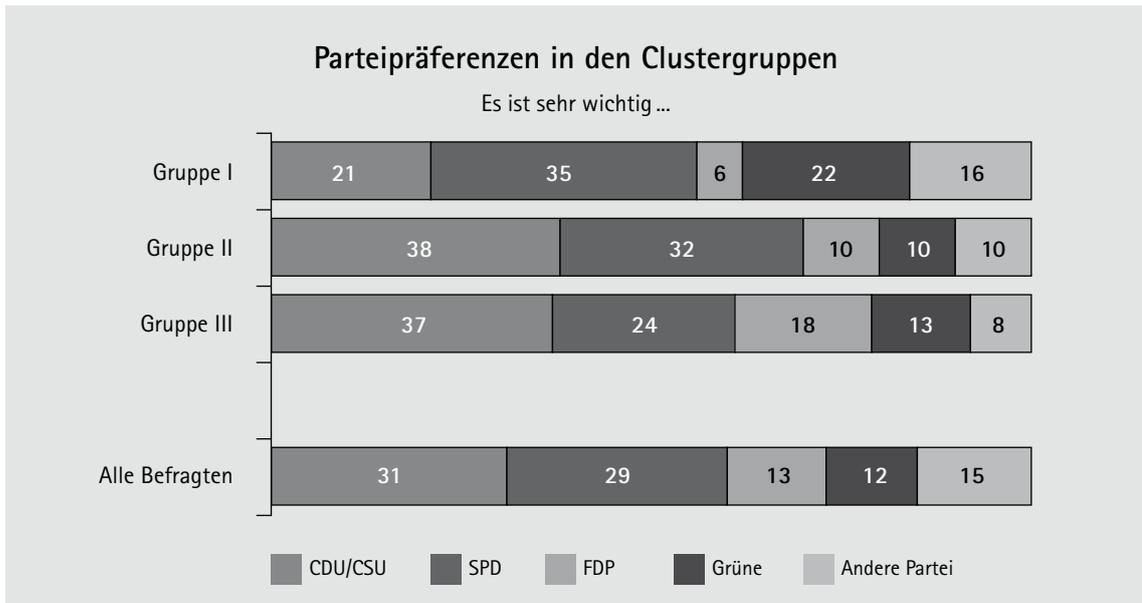
Die **dritte Gruppe** fällt dadurch auf, dass in ihrer Werte hierarchie Freiheit, Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft leicht überdurchschnittlich bewertet werden. Hingegen werden die Werte Soziale Gerechtigkeit und Solidarität besonders niedrig bewertet. Bei den anderen Werten ergeben sich dann aber nur geringe Abweichungen zu den Durchschnittswerten.



Die Altersstruktur der dritten Gruppe spiegelt ungefähr das Verhältnis der Befragten in ihrer Gesamtheit wider. Auffällig ist allerdings, dass in der dritten Gruppe die Geschlechterproportion ungleich ist, da die Angehörigen dieser Gruppe sich zu 58 Prozent aus Männern und nur zu 42 Prozent aus Frauen zusammensetzt.

Auffällig ist auch das hohe Bildungsniveau, so sind Angehörige mit hohen Bildungsabschlüssen (56 Prozent) deutlich überrepräsentiert. Regional ist die dritte Gruppe etwas stärker in den alten Bundesländern vertreten (84 Prozent).

In der dritten Gruppe ist die FDP besonders stark repräsentiert. Die FDP hat hier mit 18 Prozent ihren höchsten Anteil. Ebenfalls fällt der hohe Anteil der CDU/CSU (37 Prozent) auf. Die Grünen rangieren mit 13 Prozent auf dem vierten Rang. Die SPD erzielt in dieser Gruppe dagegen nur eine unterdurchschnittliche Zustimmung von 24 Prozent, ebenso wie die anderen Parteien (einschließlich Linkspartei) von 8 Prozent.



Die durchgeführte Clusteranalyse zeigt, dass der Wert der Freiheit in den drei gebildeten Clustergruppen durchweg ein hohes Ansehen genießt.

Welchen Wert die Freiheit aber tatsächlich für die Menschen hat, zeigt sich in der jeweiligen Ausprägung der drei Clustergruppen.

Denn in den ersten beiden Clustergruppen, die zusammen einen Anteil von 61 Prozent an der Bevölkerung haben, zeichnen sich nicht gerade durch eine hohe und konsequente Zustimmung von Freiheitswerten aus. In der ersten Gruppe, den „**Gralshütern des Wohlfahrtsstaates**“, wird überdurchschnittlich stark auf soziale Absicherung und gesellschaftliche Solidarität gesetzt. Die Werte Leistungsbereitschaft und Wettbewerb haben dagegen kaum eine Bedeutung. Auch die zweite Gruppe, die „**indifferente Masse der Mehrheit**“ fordert gesellschaftliche Solidarität und soziale Absicherung ein und ist von einem Staatsverständnis geprägt, das den Missbrauch von Freiheiten der Bürger verhindern soll.

Nur die dritte Clustergruppe, die „**Förderer der Freiheit**“, die einen Anteil an der Bevölkerung von 29 Prozent hat, kann beschrieben werden durch einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Freiheit, durch Skepsis gegenüber gesellschaftlicher Solidarität und sozialer Gerechtigkeit und durch ein uneingeschränktes Bekenntnis zu individueller Freiheit und Leistungsbereitschaft.

5. FAZIT UND AUSBLICK

„Welchen Wert hat die Freiheit für die Deutschen?“. Eine Fragestellung die in den vergangenen Jahren in Politik, Wissenschaft und Medien diskutiert wird. Während ein oberflächlicher Blick auf Umfragen suggerierte, dass der Wert der Freiheit im Bewusstsein der Bundesbürger in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts an Bedeutung verloren hat, gibt es nun Anzeichen aus denen gedeutet werden kann, dass es zu einer Trendwende kommt.

Denn immer mehr Bürger sind unzufrieden mit den Ausprägungen des bundesrepublikanischen Wohlstands- und Bevormundungsstaates und dem unzureichenden Reformwillen der handelnden Akteure. Dies zeigt sich nicht nur in einer gestiegenen Wählerresonanz der FDP bei den vergangenen Bundes- und Landtagswahlen, dem Ruf nach mehr Freiheit in den politischen Kommentaren der Medien, in den aufflammenden Debatten der Publizisten und Wissenschaftler³ und nicht zuletzt in aktuellen Ergebnissen aus der Meinungsforschung⁴.

Doch es ist nicht ausführlich und wiederkehrend in regelmäßigen Abständen untersucht worden, in wie weit sich die gesellschaftliche Akzeptanz von liberalen Werten wie Freiheit, Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und Wettbewerb entwickelt hat und welchen Wert konkret die Freiheit in unserer Gesellschaft hat.

Wie sehen also die ersten Ergebnisse der Freiheitsstudie der Friedrich-Naumann-Stiftung aus? Bestätigen diese die These, die von einem gesellschaftlichen Bedeutungsverlust der Freiheit ausgeht oder wird die These von einer Renaissance der Freiheit in der Gesellschaft gestützt?

Auf dem ersten Blick spricht vieles für das erfreuliche Ergebnis einer Renaissance der Freiheit. Denn der Wert der Freiheit genießt in der deutschen Bevölkerung ein sehr hohes Ansehen. Er nimmt unter den 13 abgefragten Werten den höchsten Rang ein (76 Prozent). Auch der Wert der Eigenverantwortung erhält mit 68 Prozent eine hohe Zustimmung.

3 Beispielhaft ist hier der 2007 von Ulrike Ackermann herausgegebene Essayband „Welche Freiheit. Plädoyers für eine offene Gesellschaft.“ zu nennen, in dem sich namhafte Wissenschaftler und Publizisten mit verschiedenen Freiheitsthematiken beschäftigen und sich dabei zur Freiheit bekennen.

4 Zu nennen ist insbesondere die Grundlagenstudie „Der Wert der Freiheit“ vom Institut für Demoskopie Allensbach aus dem Jahr 2003, deren Ergebnisse dargestellt worden sind in: Peters, Thomas u. Mayer, Tilman: Der Wert der Freiheit. Deutschland vor einem neuen Wertewandel?, Freiburg 2005.

Daneben wird die positive These auch durch weitere Ergebnisse aus der Freiheitsstudie gestützt:

- Bei der alternativen Fragestellung zwischen Freiheit oder Sicherheit vor Kriminalität (bezogen auf den Datenschutz) findet die Freiheit in der Bevölkerung einen eindeutigen Zuspruch;
- Die Mehrheit der Bevölkerung blickt mit Zuversicht in die eigene Zukunft;
- In der Bevölkerung sind zwei von drei Bundesbürgern davon überzeugt, dass Menschen ihre Freiheit im Wesentlichen konstruktiv nutzen und der Staat nur die Rahmenbedingungen setzen sollte;
- viele einzelne Freiheitsthemen stoßen auf eine hohe Akzeptanz bei der bundesrepublikanischen Bevölkerung.

Jedoch ist ein Ergebnis der Freiheitsstudie auch, dass der Wert der sozialen Gerechtigkeit mit einer Zustimmungsquote von 67 Prozent bereits auf den dritten Platz des Werterankings liegt. Während der Wert des Wettbewerbes als Motor der gesellschaftlichen Entwicklung in weiten Teilen der Gesellschaft nur auf eine geringe Akzeptanz stößt.

Diese Diskrepanz verstärkt sich noch bei einer vertieften Analyse von weiteren Ergebnissen aus der Freiheitsstudie, da nicht nur die Bedeutung des Werts der Freiheit und der anderen einzelnen Werte gemessen wurde, sondern die Befragten auch zwischen verschiedenen Entscheidungssituationen wählen und dabei ein Bekenntnis für oder gegen die Freiheit abgegeben mussten. So musste einmal zwischen dem Wert der Freiheit und der Solidarität gewählt und ein andermal zwischen Wettbewerb und sozialer Absicherung entschieden werden.

Das Ergebnis ernüchert, denn während sich bei der ersten Fragestellung die Bevölkerung noch in zwei gleich starke Lager (mit einer jeweiligen Zustimmung von 47 Prozent) verteilt, votiert bei der zweiten Fragestellung nur noch ein Drittel der Befragten für den Wettbewerb und eine relative Mehrheit von 42 Prozent setzt sich für die soziale Absicherung ein.

Ein Ergebnis der Studie besagt auch, dass zurzeit bei einer Mehrheit der Bevölkerung der Wert der Freiheit offensichtlich von starken Widersprüchen geprägt ist. Nicht nur das alle parteipolitisch Gebundenen jeweils mehrheitlich die Partei ihrer Wahl als diejenige verorten, die die eigenen Vorstellungen von Freiheit am besten verkörpert. Auch scheinen nur die wenigsten bereit zu sein, den Begriff der Freiheit mit allen Chancen und Risiken zu erfassen.

Viele Bürger reduzieren den Begriff der Freiheit auf Facetten wie z. B. Reisefreiheit oder Pressefreiheit oder missdeuten gar den Freiheitsbegriff als einen Rechtsschutz auf Leben in materiellen Wohlstand. Daneben wenden sich Viele von der Freiheit ab, wenn sie befürchten, dass staatliche Leistungen verloren gehen könnten oder zukünftig gar selbst finan-

ziert werden müssten, denn sie sehen darin fälschlicherweise eine Einschränkung ihrer Freiheit.

So verwundert es nicht, dass die Bedeutung von Freiheit für das Leben der Menschen im Sinne von Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und Selbstverantwortung Vielen in unserer Gesellschaft nicht mehr bekannt zu sein scheint. Auch fällt es Vielen schwer, die notwendigen Konsequenzen, die sich aus der Freiheit ergeben, zu erfassen und anzuerkennen. Eigenverantwortung für sich selbst zu übernehmen, Risiken einzugehen, sich dem Wettbewerb zu stellen, die Möglichkeit des Scheiterns in Kauf zu nehmen. Diese Chancen wahrzunehmen und mögliche Konsequenzen der Freiheit zu akzeptieren, fällt noch einer Mehrheit der Deutschen schwer.

Diese Erkenntnis wird durch die vorgenommene Clusteranalyse bestätigt. Denn zwei von drei herausgebildeten Clustergruppen, die zusammen einen Anteil von 61 Prozent an der Bevölkerung haben, zeichnen sich eher durch eine begrenzte Zustimmung zu Freiheitswerten aus. In der einen Gruppe wird nicht nur überdurchschnittlich stark auf soziale Absicherung und gesellschaftliche Solidarität gesetzt, sondern auch die Werte Leistungsbereitschaft und Wettbewerb haben keinen hohen Stellenwert. In der anderen Gruppe wird gesellschaftliche Solidarität und soziale Absicherung eingefordert, aber teilweise auch ein Staatsverständnis zum Ausdruck gebracht, das den Missbrauch von Freiheiten der Bürger verhindern soll.

Eine dritte Gruppe, die einen Anteil an der Bevölkerung von 29 Prozent hat, bekennt sich dagegen überdurchschnittlich zur Stärkung der individuellen Freiheit, zu freiem Wettbewerb und zu der Aussage, dass Menschen ihre Freiheiten im wesentlichen konstruktiv nutzen und der Staat daher lediglich die Rahmenbedingungen setzen sollte.

Eine Betrachtung des soziodemographischen Profils dieser Clustergruppe verrät, welche Bevölkerungsgruppen sich bislang besonders für den Wert der Freiheit begeistert haben. Besonders sind dies Bürger mit einem formal hohen Bildungsabschluss, einem hohen Nettoeinkommen und einer ausgeübten Berufstätigkeit als Angestellter oder Freiberufler/Selbständiger. Außerdem sind sie häufiger männlich und regional eher in den alten Bundesländern vertreten. Auch das Wahlverhalten scheint mit dem Bekenntnis zur individueller Freiheit, Eigenverantwortung und Wettbewerb zu korrelieren, da in dieser Clustergruppe die FDP-Anhänger mit 18 Prozent besonders stark vertreten sind.

Die Freiheitsstudie, deren Daten im Oktober/November 2006 erhoben wurden, stellt nur eine Momentaufnahme des derzeitigen Standes unserer Gesellschaft und deren Verhältnis zur Freiheit dar. Jedoch ist die gemessene Akzeptanz dieser Werte nicht statisch. Denn die gesellschaftliche Entwicklung ist immer ein dynamischer Prozess der Veränderungen.

Diese zeigt sich deutlich bei der Analyse des Wertgefüges der Ost- und Westdeutschen 16 Jahre nach der Wiedervereinigung. Zwar können noch immer Unterschiede zwischen Bürgern aus den neuen und alten Bundesländern bezüglich ihrer Akzeptanz von freiheitlichen Werten wie Weltoffenheit, Freiheit, Toleranz und Eigenverantwortung und von konserva-

tiven Werten wie Sicherheit und Ordnung, Anstand und Nationalbewusstsein nachgewiesen werden. Jedoch gleichen sich nunmehr die Wertegefüge der jungen gleichaltrigen Ost- und Westdeutschen immer mehr an.

Während bei der Analyse eines Wertewandels zwischen jungen Ost- und Westdeutschen eine Steigerung der Akzeptanz der Freiheit festgehalten werden kann, kann bei einer ähnlichen Analyse des Wertegefüges zwischen Jungen und Alten ebenfalls eine Veränderung zugunsten einer freiheitlichen Gesellschaftsreform verzeichnet werden.

Denn die Werte der Freiheit, der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit werden in ihrer Bedeutung zwischen Jungen und Alten unterschiedlich bewertet. Während der Wert der Freiheit bei Jungen wie Alten jeweils eine hohe Zustimmung erreicht, wird der Wert der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität zwischen den Generationen unterschiedlich bewertet: die Jungen halten diese beiden Werte für nicht so bedeutsam wie die ältere Generation.

Besonders auffällig ist auch, dass gerade die jungen Ostdeutschen mit dem Wert der Solidarität besonders wenig anfangen können und sie sich stattdessen besonders stark zu den beiden Werten Leistungsbereitschaft und Wettbewerb bekennen.

Es kann also doch noch mit berechtigter Hoffnung in die Zukunft gesehen werden! Eine große Mehrheit der Bevölkerung steht schon jetzt dem Wert der Freiheit positiv gegenüber. Zwar wird von Vielen die Freiheit unterschiedlich verstanden und viele Bürger scheuen sich noch immer vor den Konsequenzen, die sich aus der Freiheit ergeben. Doch schon jetzt bekennen sich 29 Prozent der Bevölkerung überdurchschnittlich zu mehr freiem Wettbewerb, zur Stärkung der individuellen Freiheit und zu der Aussage, dass Menschen ihre Freiheiten im wesentlichen konstruktiv nutzen und der Staat daher lediglich die Rahmenbedingungen gestalten soll.

Zukünftig wird es also notwendig sein, den Freiheitsbegriff weiter in die Bevölkerung zu tragen und größeren Teilen der Bevölkerung den Wert von Freiheit bewusst zu machen. Dabei geht es darum, den Menschen die faszinierende Vielfalt einer offenen freiheitlichen Gesellschaft vorzuführen. Ziel muss es dabei sein, den Bürgern glaubhaft zu zeigen, welche Vorzüge die konsequente Verwirklichung von Freiheit in allen Bereichen des Lebens hat, aber auch, wodurch die Freiheit gefährdet ist.

ÜBER DIE AUTOREN

Hans-Jürgen Beyer, Diplom-Soziologe

Referent im Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung
mit den Arbeitsschwerpunkten
Politische Analysen, Wahl- und Meinungsforschung

Erik Schrader, Diplom-Politologe

War im Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung als Referent tätig (2007). Davor wirkte er als Bezirksstadtrat für Bildung, Kultur, Sport und Bürgerdienste beim Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin (2002–2006). Seit August 2007 ist er Beigeordneter für Bildung, Kultur und Wissenschaft der Landeshauptstadt Saarbrücken.

Impressum:

Herausgeber
Liberales Institut der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam

Tel.: 03 31.70 19-210
Fax: 03 31.70 19-216
libinst@fnst-freiheit.org
www.libinst.de

Gesamtherstellung
COMDOK GmbH
Büro Berlin
Reinhardtstraße 16
10117 Berlin

2007